

Der polit-ökonomische Ansatz

Steinert, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Steinert, H. (1978). Der polit-ökonomische Ansatz. In K. M. Bolte (Hrsg.), *Materialien aus der soziologischen Forschung: Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1976 in Bielefeld* (S. 713-728). Darmstadt: Luchterhand. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-137068>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Der polit-ökonomische Ansatz

Heinz Steinert

1. Vorbemerkung

Polit-ökonomische Analyse kann mit einem strukturellen oder mit einem historisch-genetischen Schwerpunkt betrieben werden. Der stärker strukturelle Zugang wird durch den Beitrag von Hollstein abgedeckt¹⁾. Es wird daher hier versucht, Theorieansätze darzustellen, die sich primär auf den Entwicklungsaspekt beziehen.

Es geht mir dabei weder darum, Orthodoxien zu rekonstruieren, noch, den Stand des Schulenstreits zu referieren. Vielmehr wird, neben einigen empirischen Anknüpfungspunkten, ein relativ abstrakter Bezugsrahmen dargestellt, in dem sich - bis zu einem gewissen Grad - Ergebnisse aus verschiedenen Forschungstraditionen integrieren lassen.

2. Zum Begriff "Soziale Probleme"

Es ist mir nicht bekannt, daß es eine einheitliche und ausformulierte Theorie "Sozialer Probleme" unter einem polit-ökonomischen Gesichtspunkt gäbe, jedenfalls nicht unter diesem Namen. Das liegt daran, daß schon der Begriff "Soziale Probleme", so wie er in der Soziologie verwendet wird, für einen solchen Theorieansatz unakzeptabel ist. Der Begriff stammt aus dem Funktionalismus und impliziert, daß es "Probleme" für die Gesamtgesellschaft gäbe. Wenn man die Fixiertheit dieses Paradigmas auf Stabilität nicht teilt, vielmehr davon ausgeht, daß Gesellschaftsformationen grundsätzlich sich entwickeln und verändern, daß ferner gesellschaftliches Funktionieren von Interessen-

gegensätzen gekennzeichnet ist, dann stellt sich eher die Frage, wer unter welchen Umständen welche "Probleme" hat. Wenn etwas als "Soziales Problem" behauptet wird, kann man das daher nicht in der unbesehenen Weise akzeptieren, wie es etwa Haferkamp in den Einleitungssätzen zu seinem hier vorgelegten Papier tut, sondern muß sich grundsätzlich fragen: Problem für wen? (Z.B. ist "Arbeitskräftemangel" ein Problem in erster Linie für den Einkäufer von Arbeitskraft, Arbeitskräfteüberschuß hingegen ist ihm zunächst durchaus erfreulich, so problematisch er für den Verkäufer von Arbeitskraft sein mag, und wird ihm allenfalls sekundär, durch politische Aktionen der von Arbeitslosigkeit Bedrohten zum Problem). Es geht also nicht an, in der Soziologie der sozialen Probleme so zu tun, als könnte man vom Standpunkt der "gesamtgemeinschaftlichen Vernunft" aus deren Inhalt bestimmen. Der Begriff ist vielmehr ein politisches Instrument.

Allerdings verfügt auch die politische Ökonomie über Begriffe, die funktionalistische Anklänge haben, nämlich die der "Krise" und der "Revolution". Sie bezeichnen Zustände bzw. Entwicklungen, in denen in der Tat eine bestimmte Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung an die Grenze ihrer Funktionsfähigkeit kommt. Das liegt allerdings nicht daran, daß sich etwa isolierte "soziale Probleme" in einem unerträglichen Ausmaß kumulieren (obwohl das gewöhnlich Symptom eines solchen Zustands sein wird; bezeichnend ist wahrscheinlich, daß vor allem auch für die herrschenden Machtblöcke "Probleme" auftreten, die sich nicht mehr überwälzen oder sonst durch gekonntes Krisenmanagement "lösen" lassen), vielmehr aktualisieren sich dann Widersprüche, die bis dahin mehr oder weniger gewaltsam niedergehalten wurden oder ein entsprechend fortgeschrittenes Stadium noch nicht erreicht hatten. Im Fall des Kapitalismus ist das etwa der Widerspruch zwischen der Logik des privaten Profits und der Logik der zunehmenden Entwicklung und Vergesellschaftung der Produktivkräfte²⁾. Dabei sind die Krisen, die periodisch von der kapitalistischen Produktionsweise hervorgebracht

werden, zu unterscheiden von der dabei erfolgenden allmählichen "Revolutionierung" (d.h. Umwälzung) der Wirtschaftsverfassung insgesamt.

Diese Prozesse und Zustände sind zwar gesamtgesellschaftliche in dem Sinn, daß sie aus den grundsätzlichen Mechanismen der gesellschaftlichen Produktion sich ergeben, aber die resultierenden "Probleme" sind insofern nicht gesamtgesellschaftlich, als innerhalb der Gesellschaft entgegengesetzte Interessen in Bezug auf die Art der Lösung der Krise bestehen. Diese Krisentendenz, die der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlich ist, äußert sich primär in den Maßnahmen, die zum Hinausschieben ihrer Aktualisierung eingesetzt werden: Erhöhung des Ausbeutungsgrades, Drücken des Arbeitslohns, Verbilligung der Investitionsgüter, Erzeugung einer relativen Überbevölkerung, Ausweitung der Märkte, Vermehrung des Aktienkapitals³⁾, langfristig Herstellung von Oligo- und Monopolen, Ausbau der staatlichen Interventionen. Diese Gegensteuerungen laufen insgesamt darauf hinaus, die Kosten der Krisentendenz auf den Arbeiter zu überwälzen und damit die Zustände zu schaffen, auf denen das beruht, was die Soziologie als "soziale Probleme" abhandelt. Tritt die Krise aktuell zugespitzt zutage, geschieht ihre Sanierung jedenfalls auch auf Kosten von Einzelkapitalinteressen (in Form von Kapitalentwertung).

Diese kursorische Analyse sollte deutlich machen, daß die Behauptung eines bestimmten Zustands als "soziales Problem" ein politisches Instrument ist, mit dessen Hilfe Handlungsaufforderungen (häufig an den Staat) aufgestellt werden und das in der Austragung politischer Konflikte als Argument eingesetzt werden kann. Daraus ergibt sich, daß die Analyse "sozialer Probleme" im polit-ökonomischen Ansatz auf mehreren Ebenen erfolgt.

Zu unterscheiden ist:

1. Die Entwicklung bestimmter Zustände (Lebenslagen) in der

Gesellschaft, die das Potential in sich haben, als "soziale Probleme" thematisiert zu werden,

2. die "Verwaltung" dieser Zustände und Situationen (durch die ihre Politisierung zu verhindern versucht wird),

3. die politische Thematisierung und Bearbeitung dieser Zustände und Situationen.

3. Die Zustände und Situationen, die sich dann allenfalls als "soziale Probleme" thematisieren lassen, sind grundsätzlich von den Ausbeutungs- und Herrschaftsbeziehungen einer bestimmten Produktionsweise bestimmt. Ihre Entwicklung und Veränderung resultiert aus der Entwicklung der Produktivkräfte im Rahmen dieser Produktionsverhältnisse, wobei auch exogene Faktoren eine Rolle spielen können. Besonders interessant ist dabei der Übergang von einer Produktionsweise zur anderen (z.B. der von Jägerkulturen zu solchen mit Ackerbau und Viehzucht, die Entstehung von Klassen- und staatlich verfaßten Gesellschaften, die Entwicklung zu Sklavenhalter- und feudalen Produktionsweisen, der Übergang zum Kapitalismus, der zum Sozialismus). Diesen "großen" Entwicklungen überlagert sind Krisenmechanismen, wobei allerdings die unterschiedlichen Produktionsweisen unterschiedliche Stabilität und auch verschiedene Instrumente des Krisenmanagements haben. In einer allgemeinen Form läßt sich kaum mehr sagen, als daß jede Produktionsweise ihre spezifischen Widersprüche in sich hat und daß deren Aktualisierung Ausdifferenzierungen zur Bewältigung der entstehenden Probleme mit sich bringt, die letztlich zur Aufhebung der herrschenden gesellschaftlichen Logik führen können. (Z.B. setzt die Jäger- und Sammler-Ökonomie eine geringe Bevölkerungsdichte voraus, so daß sie bei gutem Funktionieren und entsprechender Bevölkerungszunahme sich selbst aufhebt, der Widerspruch der agrarischen Feudalverfassung liegt darin, daß sie eine Händler- und Handwerkerschicht einerseits, Zentralisierung von Herrschaft andererseits hervorbringt, die die Kasten-Organisation sprengen, über den Widerspruch des Kapitalismus wurde schon gesprochen).

Ansonsten sind die speziellen Entwicklungen, die tatsächlich auftreten, von einer Reihe weiterer Einflüsse bestimmt.

Wenn wir etwa am Beispiel der Entstehung des Kapitalismus, also der "ursprünglichen Akkumulation", die Entwicklungen in der Landwirtschaft in England und Deutschland vergleichen, finden wir jedesmal eine ähnliche Ausgangslage: Etwa ab dem 16. Jhdt. entstehen für die Feudalklasse neue Schwierigkeiten (wachsendes Geldbedürfnis, abnehmende militärische Bedeutung, interne Kämpfe) und neue Chancenstrukturen (Viehzucht, Wollproduktion, Getreidefernhandel). Nach der Darstellung bei Marx⁴⁾ war es in dieser Situation in England den z.T. schon "neuen" (d.h. vom bürgerlichen Patriziertum gestellten oder beeinflussten) Feudalherren relativ leicht möglich, die Bauern zu enteignen und "freizusetzen". In Deutschland finden wir hingegen östlich der Elbe ebenfalls die Entwicklung zu großen Eigengütern der Feudalherren⁵⁾, aber ohne Freisetzung der Bauern, weil hier nicht auf Viehzucht umgestellt wurde, die Bewirtschaftung daher arbeitsintensiv blieb. Die Bauern wurden zwar enteignet, aber größtenteils in unfreie Landarbeiter umgewandelt. Westlich der Elbe finden wir schließlich eine dritte Entwicklung: Konflikte innerhalb der Feudalklasse und der Widerstand der Bauern machten die Enteignung der Bauern in dem großen Stil unmöglich. Das bestehende System wurde "festgeschrieben". Man muß annehmen, daß dementsprechend die Problemlagen verschieden und die Belastungen unterschiedlich waren. Zu vermuten ist, daß in England das "Arbeitslosenproblem" am akutesten auftrat, während etwa in Süddeutschland die Schwierigkeiten des Adels am wenigsten lösbar blieben.

Die Grundlagen der Veränderung sind also jedenfalls Entwicklungen der Produktivkräfte, die für bestimmte Teile der Bevölkerung zu einer neuen Situation führen (in Form von neuen Möglichkeiten oder in Form von erhöhten Schwierigkeiten der bisherigen Lebensführung, sei es durch verstärkte Arbeitsanforde-

rungen, durch Verknappung der verfügbaren "Lebensmittel" im weitesten Sinn oder durch Ausschluß aus dem Produktionsprozeß, also Arbeitslosigkeit) und die Möglichkeit einer Veränderung der Produktionsverhältnisse schaffen. Diese Chancen werden von den verschiedenen Interessengruppen je nach Machtmöglichkeiten zu nützen versucht. Im jeweiligen (vorläufigen) Ausgang dieser Interessenkämpfe entwickeln sich die Lebenslagen weiter.

4. Wenn wir die Situation hier und heute betrachten, mit der sich die Soziologie "Sozialer Probleme" hauptsächlich befaßt, finden wir eine Reihe spezialisierter Apparate vor, die diese "Probleme" verwalten. Man faßt sie gewöhnlich als Institutionen der sozialen Kontrolle zusammen, wobei man noch präventive (z.B. Sozialisation, Ideologieproduktion) und reaktive Kontrolle (Polizei/Justiz, Psychiatrie, Fürsorge) unterscheiden könnte. Die Entstehung dieser Apparate geht einher mit der Entwicklung von zentralisierter Herrschaft, speziell wenn sie sich über größere Gebiete erstreckt. Sie entspricht der von Verwaltung⁶⁾ überhaupt. Die Entwicklung dieser Apparate in expliziter Abhängigkeit von ihrer wirtschaftlichen Basis wurde in verschiedenen Arbeiten untersucht. Es sollen hier nur zwei davon näher behandelt werden, die Entwicklung des Strafvollzugs⁷⁾ und die der Fürsorge⁸⁾. In beiden Arbeiten wird der Entwicklung der Institution ein Arbeitsmarktmechanismus zugrundegelegt. Die Hauptthese von Rusche/Kirchheimer läßt sich so zusammenfassen: Je größer der anders nicht befriedigbare Arbeitskräftebedarf in einer (Teil)Ökonomie, umso eher bekommt der Strafvollzug die Form von Zwangsarbeit; je größer der Arbeitskräfteüberschuß, umso eher verschärft sich der Strafvollzug, bekommt er eine Tendenz zu Körperstrafen. Dieser These vorgelagert ist noch die, daß die Strafformen der jeweils gegebenen Stufe der ökonomischen Entwicklung entsprechen (ohne Sklavenwirtschaft keine Versklavung, ohne Manufaktur kein Arbeitshaus, ohne Geldwirtschaft keine Geldstrafe), nachgelagert ist die, daß in Abwesenheit des Einflusses wirtschaftlicher Bedürfnisse fiska-

lische Interessen ausschlaggebend sind. Piven & Cloward verwenden, knapp zusammengefaßt, folgende Theorie: Fürsorge reguliert den Arbeitsmarkt sowie öffentliche Unruhe und Unzufriedenheit, indem sie a) bei (drohenden) Unruhen genügend Arbeitslose durch Unterstützung pazifiziert, b) nach Ablaufen der Unruhe durch Rücknahme der Unterstützung die Leute wieder in den Arbeitsmarkt lenkt und c) durch die degradierende Behandlung des verbleibenden Rests den nicht Unterstützten auch schlechte Arbeit noch relativ attraktiv erscheinen läßt. Beide Theorien werden in der Interpretation sozialhistorischen Materials überprüft.

Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß ähnlich ausführliche Studien zur Entwicklung der Polizei und generell der Apparate der internen Unterdrückung (auch in ihrem Zusammenspiel gesehen) bisher weitgehend fehlen. Zweifellos wird aber (drohenden) Unruhen heute wie früher nicht nur und nicht primär mit Mitteln der Fürsorge begegnet. Vielmehr werden dazu die Apparate mehr oder weniger offen gewaltsamer Unterdrückung ausgebaut und eingesetzt (mit Faschismus als Extremform). Daß dabei im Rahmen der auch heutigen Formen des Imperialismus internationale Verflechtungen eine Rolle spielen, ist evident.

Die Apparate der Verwaltung sozialer Probleme bekommen im Rahmen dieser wirtschaftlichen Abhängigkeiten auch eine Eigendynamik, insofern sie a) ihre Existenz rechtfertigen und diese Legitimation halten und b) ihre Handlungsfähigkeit durch Entwicklung und Anpassung ihrer Interventionsinstrumente zumindest bewahren müssen. Die vorliegenden Analysen solcher Prozesse zeigen auch die große Bedeutung, die diese Apparate in der Definition dessen haben, was zum jeweiligen Zeitpunkt die "sozialen Probleme" sind. Als generelle These kann man dabei annehmen, daß "Probleme" von diesen Apparaten so definiert werden, daß sie als (eventuell nach entsprechenden Reformen, die die Kompetenz und das Instrumentarium ausweiten) von ihnen bewältigbar erscheinen.

5. Die Politik "sozialer Probleme"

Es wurde schon unter 3. gezeigt, daß die Entwicklung von Zuständen, die als "soziale Probleme" thematisierbar sind, immer auch Ergebnis einer Politik, also der Austragung eines Konflikts ist. Dasselbe gilt auch dafür, ob ein bestimmter Zustand überhaupt als "soziales Problem" thematisiert wird. Der Kampf um diese Definition wird im allgemeinen dadurch entschieden, ob entweder die Betroffenen selbst oder allfällige "Advokaten" genügend interessiert und politikfähig sind, um eine solche Definition mit Erfolg in den politischen Prozeß einzubringen⁹⁾. Nun ist die typische Situation der "Randgruppen", die nach herkömmlichen soziologischem Verständnis "Soziale Probleme" darstellen, die, daß sie genau nicht politikfähig sind und ihre Politik daher, wenn überhaupt, von "Advokaten" betrieben wird, recht häufig den professionellen Gruppen, die mit ihrer Verwaltung befaßt sind¹⁰⁾. Daß die Ergebnisse solcher Politik mit größerer Wahrscheinlichkeit für die "Advokaten" befriedigend sind, als für die unmittelbar Betroffenen, kann nicht verwundern. Ein weiterer Mechanismus der Definition "sozialer Probleme" sind "Moralkreuzzüge"¹¹⁾. Analysen verschiedener Beispiele dafür haben gezeigt, daß es dabei um die Durchsetzung von Statusinteressen der "Kreuzfahrer", um symbolische Siege einer Lebensweise über eine andere geht¹²⁾. Das Beispiel der Arbeiterbewegung zeigt, daß sich über Organisation (wozu u.U. die Definition geeigneter "sozialer Probleme" ein Hilfsmittel sein kann) Politikfähigkeit auch herstellen und verbessern läßt.

Der Einfluß der zuerst genannten politischen Mechanismen ergibt sich unter anderem daraus, daß zumindest einige der Politikfelder, in denen "soziale Probleme" abgehandelt werden, nicht sehr stark von wirtschaftlichen Interessen besetzt sind¹³⁾. Folge davon ist, daß allfällige Reformfolge in einschlägigen Bereichen (mit unterschiedlicher Ausschließlichkeit) Legitimationserfolge sein können, die die Reformkapazität des Staats dort ausweisen, wo keine allzu starken Gegenkräfte auftreten¹⁴⁾.

Als langfristige Entwicklungen sind in dem Zusammenhang wichtig:

1. Die zunehmende Einbeziehung des Managements "sozialer Probleme" in die staatlichen Infrastrukturleistungen.
2. Die Verschiebung der Manifestation der Widersprüche in den Reproduktionsbereich, wo es an Organisationsfähigkeit mangelt, weil das Interesse zu "allgemein" ist¹⁵⁾.
3. Die Konzentration von "sozialen Problemen" in "Randgruppen" ohne Konfliktfähigkeit, wodurch Individualisierung und sozialer Ausschluß erleichtert, solidarische Politik (wie sie etwa im Fall der Arbeiterbewegung gelang) erschwert wird.

6. Der Soziologe und die Politik "sozialer Probleme"

Der polit-ökonomische Ansatz führt in erster Linie dazu, daß fragwürdig wird, was anerkannte "soziale Probleme" sind, daß die Interessengebundenheit solcher Definitionen und der Kontrollcharakter der "Lösungen" dieser Probleme klar wird. In der Folge stellen sich auch die Probleme anders, als man sie in den soziologischen Textbüchern aufgezählt findet. Dazu muß man auch sehen, daß diese Lehrbuch-Definitionen nicht nur aus einem möglicherweise auch hier und heute noch gültigen sozialen Hintergrund von "heiler Welt" stammen¹⁶⁾, sondern in erster Linie aus der Perspektive der problemverwaltenden Bürokratien, von und in denen Soziologen häufig leben. Insofern ist die Soziologie "sozialer Probleme" Kontrollwissenschaft. Aus dieser Verstrickung kann sich der Soziologe auch nicht am eigenen Zopf herausziehen, wie ihm manchmal zugemutet wird. Die gesellschaftliche Entwicklung wird von seinen Ein- und Ansichten nur minimal (wenn überhaupt) beeinflußt. Auch auf seine Expertenrolle im politischen Prozeß, die er schon einmal haben kann, braucht er sich nicht zuviel einzubilden. Dazu braucht er nur zu beobachten,

welche "Experten" wann herangezogen werden und wozu sie benötigt werden¹⁷⁾. Da seine gesellschaftliche Kompetenz nun einmal hauptsächlich im Definitions- und Legitimationsbereich liegt, wird er sie trotz allem in diesem Bereich einsetzen müssen - und dazu braucht er eine Theorie, die ihm die Analyse der stattfindenden Politik und die "alternative" Benennung der Probleme ermöglicht.

Nachbemerkung

Da diese Veröffentlichung zum Teil auch den Charakter einer Dokumentation hat, außerdem keine nachträgliche Koordination zwischen den Diskutanten stattfand, habe ich die gegebene Möglichkeit der Überarbeitung des in Bielefeld (auch den Diskutanten, die sich vielleicht auf einzelne Äußerungen beziehen möchten) vorgelegten Papiers nicht ergriffen. Vielmehr möchte ich in einer kurzen Nachbemerkung noch einen Punkt besonders betonen, den ich in die Diskussion einzubringen versuchte und der frustrierenderweise kaum aufgegriffen wurde, was ich für einen der Gründe für den verwirrten und unbefriedigenden Verlauf dieser Diskussion halte, in der es nach meinem Erleben nicht einmal gelang, den Gegenstand dieser nun auch formell in der DGS installierten Bindestrich-Soziologie einigermaßen verbindlich zu klären. Sogenannter Theorienvergleich gerät zum unverbindlichen Schlagabtausch in einer personality-show, wenn die Bereitschaft zur historischen Einordnung der Positionen fehlt, wenn davon ausgegangen wird, zwischen Theorien von einiger sozialer Relevanz könne in einer "eliminativen Konkurrenz" ihrer akademischen Vertreter entschieden werden. (Dergleichen "Eliminierung" mag schon einmal vorkommen, aber sicher nicht durch Diskussionsveranstaltungen, sondern eher durch differentiellen Zugang zu Posten und Forschungsgeldern und durch differentielles Ausgesetztsein an die Auswirkungen formell oder informell durchgeführter Radikalenerlässe).

Der Mangel an historischer Perspektive verhindert auch, daß wir uns klar machen, welchen Interessen in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verschiedene Theorieansätze entsprechen, die wir in der Soziologie vertreten. Daß die Soziologie generell, und die "sozialer Probleme" speziell, sich für Kontrollinteressen instrumentalisiert (vorwiegend für staatliche), ist ohnehin nur mit einiger Verleugnungsanstrengung zu übersehen. Einige meiner diesbezüglichen Äußerungen in der Diskussion wurden als persönliche Vorwürfe und/oder Zynismen mißverstanden. Dergleichen ist mir fern gelegen. Ich kann mich nur nicht für eine wissenschaftliche "Objektivität" erwärmen, die darin besteht, daß von allem abstrahiert wird, was relevant ist; z.B. von der gesellschaftlichen Situation, in der auch wir als Soziologen leben und arbeiten. Die Scheinsicherheit einer abstrakten "Methodologie" (sei es der "Sozialwissenschaften", sei es des "Theorienvergleichs") mag uns vielleicht beruhigen, reflektierter (und damit verantwortbarer) macht sie das Unternehmen Soziologie wohl kaum.

Es ist also, meine ich, notwendig zu sehen, welcher wirtschaftlichen und politischen Situation der Begriff des "sozialen Problems" entspricht, wie wir ihn heute in der Soziologie verwenden. In dem heute geläufigen Verständnis isolierter und einzeln angebarter "Probleme", die als "Auswüchse" eines Gesellschaftssystems jedes für sich abgestellt werden können und müssen, haben wir eindeutig die konservativen und revisionistischen Vorschläge zur "Lösung der sozialen Frage" vor uns, den schon im Begriff festgelegten Versuch, einen "Kapitalismus ohne die sogenannten Auswüchse der freien Konkurrenz"¹⁸⁾ zu schaffen, das schon im Begriff festgelegte "Leitbild der Einordnung ('Integration') der arbeitenden Schichten in die Gesellschaft, so wie sie ist"¹⁹⁾. Wir schließen mit der Übernahme des Begriffs im besten Fall an die deutsche Tradition der "Kathedersozialisten", an die anglo-amerikanische der "muckrakers" an²⁰⁾. Die Wiederaufnahme dieser Traditionen²¹⁾ wäre dabei in der staatsfrommen hiesigen Soziologie durchaus als

Fortschritt zu werten. Das Beschreiben der Skandale der Machtausübung ist dem Basteln von Instrumenten der gekonnteren Machtausübung durchaus vorzuziehen. Nur muß man sich auch darüber klar sein, daß ohne eine adäquate Theorie der gegenwärtigen Gesellschaftsformation solche Darstellungen im besten Fall Skandale am Rand einer ansonsten intakten Gesellschaftsordnung bleiben.

Die erwähnten Bewegungen und Lehren standen seinerzeit in deutlichem Zusammenhang mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum "organisierten Kapitalismus", d.h., mit der Übernahme verstärkter staatlicher Verantwortung für die Folgeprobleme und Planung der Voraussetzungen des (sowie direkter Intervention in den) entstehenden Monopolismus und Imperialismus²²⁾. Der erstarkenden Arbeiterbewegung entsprach ein ebensolches Erstarken der Instrumente der Kapitaleseite in den staatlichen Apparaten - bis hin zur zugelassenen hypertrophie des Staats im Faschismus²³⁾.

Wenn wir daher heute wieder und verstärkt von "Sozialen Problemen" zu reden beginnen, ist doch dringend zu vermuten, daß das im Rahmen der zunehmend sichtbaren Krisenhaftigkeit auch des "organisierten Kapitalismus" steht. Es überrascht nicht, daß wir uns den technokratischen Anforderungen, die dieser Zustand den Herrschenden stellt, gern als Experten andienen, die imstande sind, die besseren technischen Lösungen zu erarbeiten (schließlich müssen wir leben, und wenn wir Soziologen bleiben wollen, dann eben von der Soziologie). Ich würde uns in der Situation aber als Minimalforderung doch zumindest das zumuten: daß wir die "Probleme", die uns vorgelegt werden, nicht in der bunten Beliebigkeit akzeptieren, in der wir sie in den Inhaltsverzeichnissen der Social-Problems-Bücher vorfinden. (Diese "Beliebigkeit" hat auch die hier geführte Diskussion verwirrt, in der nicht akzeptiert wurde, daß hier eine Analyse der politischen Prozesse vonnöten ist, in denen diese "Problemkataloge" produziert werden.)

Es ist wohl nicht zuviel verlangt, daß wir zumindest feststellen, warum wer welches Problem hat. Das führt manchmal durchaus zu Überraschungen: Z.B. zeigt eine Analyse des "Kriminalitätsproblems", daß die beschworene Kriminalitätssteigerung (zumindest in Österreich) ausschließlich auf einer der Eigentumsdelikte beruht (wenn man sie auf Indikatoren für die Gelegenheiten, also z.B. die Zahl der Automobile oder die Zahl der SB-Läden bezieht, findet man eine Abnahme statt einer Steigerung), daß sie sich innerhalb der Stadt an generell attraktiven Orten häuft, und daß das Argument damit dazu eingesetzt wird, die Forderung nach fehlenden Infrastrukturleistungen zu begründen²⁴⁾. Die Analyse der politischen Prozesse in der Definition des Problems führt daher sehr schnell dazu, daß man wissenschaftlich nicht ganz ernst zu nehmen ist, wenn man nach "Lösungen" des "Kriminalitätsproblems" im herkömmlichen Sinn sucht. Vielmehr stellt sich aus solchen Befunden die Frage, wer denn da warum und mit welchen Mitteln sein politisches Süppchen mit der Kriminalitätspanik kocht. Dabei stößt man auf die Polizei mit ihren Statusinteressen, die Wachstumsindustrie der Sicherheitstechnologie, die jeweilige politische Opposition, die staatlichen Interessen an politischer Repression. Und dann hat man plötzlich ein ganz anderes "Soziales Problem" vor sich: Das einer drohenden Verselbständigung staatlicher Repressionsfunktionen in Zeiten ökonomischer Krisen. Erst von diesem Punkt aus läßt sich eine sinnvolle Theorie des "sozialen Problems" entwickeln.

Anmerkungen

- 1) Vgl. seinen Beitrag in diesem Band
- 2) In der Terminologie von Basso, 1975, S. 145 ff.
- 3) Marx, 1894, 14. Kap.
- 4) Marx, 1867, 24. Kap.
- 5) Nach der Darstellung bei Mottek, 1957

- 6) Dem "Zensus-Steuer-Konskriptions-System; Diamond, 1971
- 7) Nach Rusche und Kirchheimer, 1939
- 8) Nach Piven und Cloward, 1971
- 9) Mit "Politikfähigkeit" ist dabei zusammengefaßt Organisations- und Konfliktfähigkeit gemeint; vgl. dazu Offe, 1969
- 10) Vgl. Leirer u.a., 1974
- 11) Gusfield, 1963
- 12) Überblicksreferat in Steinert, 1976, S. 353 ff.
- 13) Die vergleichende Analyse solcher Politikfelder braucht noch einiges an harter Arbeit; erste Ergebnisse bei Schmid und Treiber, 1975, III/4; Treiber, 1976
- 14) Vgl. Pilgram und Steinert, 1975b
- 15) Offe, 1971
- 16) Wie das Mills, 1943, beschrieben hat
- 17) Vgl. dazu Piven, 1974; Pilgram und Steinert, 1975a
- 18) Hahn, 1976, S. 118
- 19) Hofmann, 1971, S. 183; es lohnt vielleicht darauf hinzuweisen, daß Hofmann an dieser Stelle solche Theorien als "außerhalb einer Darstellung der Theorie der sozialen Bewegung" fallend qualifiziert.
- 20) Vgl. dazu an neueren Darstellungen Hahn, 1976, bes. ab S. 106; zur Verbindung zwischen deutscher und amerikanischer Tradition, Schwendinger und Schwendinger, 1974; zur englischen und amerikanischen Tradition, Gordon, 1973
- 21) Im Bereich der Kriminologie wird dabei von Taylor, Walton und Young, 1975, von "exposé criminology" gesprochen
- 22) Vgl. dazu etwa die Beiträge in Winkler, 1973
- 23) Vgl. als neuere Darstellung dazu Kadritzke, 1976
- 24) Vgl. Pilgram, 1976; Edlinger, Steinert und Tumpel, 1976

Literatur

Basso, L.: Die Rolle der Legalität in der Phase des Übergangs zum Sozialismus, in: Gesellschaftsformation und Staatsform. Drei Aufsätze. S. 136-186, Frankfurt a.M. 1975

Diamond, S.: The rule of law vs. the order of custom, Social Research, 38, S. 42-72, 1971

Edlinger, G., Steinert, H., Tumpel, M.: Kriminalität als Sozialindikator. Der Aufbau, Monographie 5: Sozialwissenschaft in der Stadtplanung, Wien 1976, S. 31-38

Foucault, M.: Surveiller et Punir, Paris 1975

Gordon, M.: The social survey movement and sociology in the United States, Social Problems, 21, 1973, S. 284-298

Gusfield, J.R.: Symbolic Crusade: Status Politics and the American Temperance Movement, Urbana 1963

Hahn, M.: Historiker und Klassen, Frankfurt a.M. 1976

Hofmann, W.: Ideengeschichte der sozialen Bewegung, Berlin 1971⁴

Kadritzke, N.: Faschismus und Krise, Frankfurt a.M. 1976

Leirer, H., Stangl, W., Steinert, H., Treiber, H.: Über die "aktive Öffentlichkeit" als Instrument der Interessenartikulation, Österr. Ztschr. für Politikwissenschaft, 3, 1974, S. 217-231

Marx, K.: Das Kapital, Bd. 1, MEW Bd. 23, 1867

Marx, K.: Das Kapital, Bd. 3, MEW Bd. 25, 1894

Mills, C.W.: The professional ideology of social pathologists, AJS 49, 1943, S. 165-180

Mottek, H.: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1957

Offe, C.: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen, in: Kress, G., Senghaas, D. (Hrsg.), Politikwissenschaft, Frankfurt a.M. 1969, S. 155-189

Offe, C.: Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus, in: Großmann, H. (Hrsg.), Bürgerinitiativen, Frankfurt a.M. 1971

Pilgram, A.: Kriminalität in Österreich 1953-1974, Forschungsberichte des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriminalsoziologie, Wien 1976

- Pilgram, A., Steinert, H.: Die Labeling-Theorie aus der Perspektive kriminalpolitischer Pragmatik, KrimJ, 7, S. 172-181, 1975a
- Pilgram, A., Steinert, H.: Ansätze zur politisch-ökonomischen Analyse der Strafrechtsreform in Österreich, KrimJ, 7, S. 263-277, 1975b
- Piven, F.F.: Social science and social policy, in: Roby, P. (Hrsg.): The Poverty Establishment, Englewood Cliffs 1974, S. 211-217
- Piven, F.F., Cloward, R.A.: Regulating the Poor, N.Y. 1971
- Rusche, G., Kirchheimer, O.: Punishment and Social Structure, zit. nach der deutschen Ausgabe, Frankfurt a.M. 1974
- Schmid, G., Treiber, H.: Bürokratie und Politik, München 1975
- Schwendinger, H., Schwendinger, J.R.: The Sociologists of the Chair, New York 1974
- Steinert, H.: Über die Funktionen des Strafrechts, in: Neider, M. (Hrsg.): Festschrift für Christian Broda, Wien 1976, S. 335-371
- Steinert, H.: On the development of penal policy, Papier für die 4. Konferenz der European Group for the Study of Deviance and Social Control, Wien 1976b
- Taylor, I., Walton, P., Young, J.: Critical criminology in Britain: review and prospects, in: dies., (Hrsg.): Critical Criminology, London 1975, S. 6-62
- Treiber, H.: Implementierungsstruktur und die Formulierung politischer Programme am Beispiel der Strafrechtsreform in der BRD, Papier für den 18. Dt. Soziologentag, 1976
- Winkler, H.A. (Hrsg.): Organisierter Kapitalismus, Göttingen